

Thema:

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. – Pressegespräch 2013

29.8.2013, Badische Neueste Nachrichten

Lob für besseren Hochwasserschutz

Landesvereinigung Baden begrüßt Aufstockung der Mittel durch das Land

Von unserem Redaktionsmitglied
René Ronge

Karlsruhe. Beim Hochwasserschutz am Rhein drängt die Landesvereinigung Baden in Europa auf ein schnelles Vorkommen. Die Organisation lobte gestern die Erhöhung der Gelder des Landes für Schutzmaßnahmen. „Dafür kämpfen wir schon seit Jahren“, betonte der Verbandsvorsitzende Robert Mürb. Gleichzeitig mahnte er, die Mittel dürften in den kommenden Jahren nicht wieder zurückgefahren werden.

Ein katastrophales Hochwasser mit milliardenschäden habe es bisher nur wegen der Polder auf französischer und pfälzischer Rheinseite nicht gegeben, erklärte Mürb. Der Vorsitzende will außerdem eine baldige Besetzung der Stellen,

die für Maßnahmen wie Bauaufsicht oder Auftragsvergabe beim Hochwasserschutz am Rhein nötig seien. Im Haushalt seien die Stellen zwar schon berücksichtigt. Mürb sagte aber, er habe von den Regierungspräsidentinnen in Karlsruhe und Freiburg gehört, dass es hier noch an Personal fehle. Beim Geld sieht die Landesvereinigung ihre Forderungen hingegen erfüllt: Das Land habe im Doppelhaushalt 2013/14 die Mittel für den Hochwasserschutz am Rhein auf 48 Millionen Euro verdoppelt.

Neben den angestrebten Dammsanierungen und neuen Poldern entlang des Rheins seien auch Schutzmaßnahmen entlang der Zuflüsse nötig, sagte der Direktor des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein, Gerd Hager: „Das ist zum Beispiel in Rastatt sehr wichtig, wo es

an der Murg keinen Schutz vor einem hundertjährigen Hochwasser gibt.“

In der Debatte um den Nationalpark Nordschwarzwald stellt sich die Landesvereinigung Baden auf die Seite der Befürworter. Ganz eigene Ideen hat sie zur Finanzierung: „Wir schlagen vor, dass das Land die Wilhelma an die Stadt Stuttgart übergibt“, so Mürb. Die jährlich eingesparten sieben bis acht Millionen Euro und Investitionskosten in etwa gleicher Höhe könne man dann für den Nationalpark einsetzen. Auch in Karlsruhe werde der Tiergarten schließlich auf eigene Kosten betrieben.

Die Landesvereinigung beklagt weiterhin Benachteiligungen des badischen Landesteils durch die Regierung in Stuttgart: Städte und Universitäten erhielten zu wenig Geld.